

Empfehlungen

der Ausschüsse

zum

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Änderung der
Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom
23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend
das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der
Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst

KOM(89) 202 endg., Ratsdok. 6191/89

Punkt der 602. Sitzung des Bundesrates am 30. Juni 1989

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften und
der Ausschuß für Innere Angelegenheiten
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung
zu nehmen:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, den Verordnungsvorschlag abzulehnen.

Bereits in den Beschlüssen 58/85 vom 26. April 1985, 46/86 vom 14. März 1986 und 508/88 vom 25. November 1988 hat der Bundesrat die Problematik von Maßnahmen in der hier vorgeschlagenen Art aufgezeigt. Der Bundesrat bekräftigt diese Beschlüsse und weist insbesondere auf die erheblichen finanziellen Mehrbelastungen durch die sehr großzügig bemessenen Versorgungsregelungen hin, die außer Verhältnis zu vergleichbaren Versorgungsregelungen der Mitgliedstaaten stehen.

Ausgeliefert am 20. JUNI 1989...

301/1/89

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Verordnung 2274/87 ursprünglich mit dem Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften begründet worden war, während nunmehr zur Begründung der Änderung dieser Verordnung außerdem Probleme in der Personalstruktur der Gemeinsamen Forschungsstelle genannt werden. In diesem Zusammenhang erscheint es zweifelhaft, daß die im Verordnungsvorschlag genannte Zahl von 150 Bediensteten, die von der Verordnung Nr. 2274/87 erfaßt werden sollen, ausschließlich Bedienstete der Gemeinsamen Forschungsstelle betrifft. Der Verordnungsvorschlag ist daher nach Auffassung des Bundesrates abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken auch im einzelnen nicht schlüssig begründet.